

Wissen wir genug, um angemessen handeln zu können? 9 Thesen

1. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind längst nicht mehr Rand- und Ausnahmephänomene, sondern in der Bundesrepublik seit Ende der 80er Jahre zu einem Bestandteil der gesellschaftlichen und politischen Normalität geworden - trotz zuletzt ausbleibender Wahlerfolge rechtsextremer Parteien. Nach anfänglicher öffentlicher Empörung war zwischenzeitlich eine Gewöhnung daran zu beobachten, daß es wieder Rechtsextreme gibt und daß diese öffentlich in Erscheinung treten. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus standen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre nicht mehr im Zentrum des öffentlichen Interesses, politische Aktionsprogramme – so das Programm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt – sind eingestellt worden.¹ Der in der Fachöffentlichkeit bereits zu Beginn der 90er Jahre geforderte Aufbau stabiler Strukturen für politische und pädagogische Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus hat nicht stattgefunden. Offenkundig scheint die unausgesprochene Überzeugung vorzuherrschen, daß Ausprägungen und Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sich – zumindest in den westlichen Bundesländern – sich auf einem hinnehmbaren Niveau bewegen.
2. Demgegenüber besteht meines Erachtens zumindest in folgender Hinsicht *Anlaß für offensive Strategien*: a) aufgrund der hohen Stabilität und der neuerlichen Zunahme fremdenfeindlicher Meinungen und Einstellungen; b) aufgrund der „Verjugendlichung“ der sozialen Basis des Rechtsextremismus und der Entwicklung einer – insbesondere in Ostdeutschland einflußreichen - rechten Jugendkultur; c) aufgrund der Kontinuität fremdenfeindlicher Gewalttaten sowie d) der Gefahr einer Ausdehnung des organisierten Rechtsextremismus.
3. Auszugehen ist dabei von folgenden, in der sozialwissenschaftlichen Forschung bewährten Annahmen:
 - a) Es läßt sich nachweisen, daß fremdenfeindliche Einstellungen in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren kontinuierlich und in hohem Maß vorhanden sind sowie immer dann zunehmen, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert und „irgendwelche ‚Ausländerprobleme‘ - oft zu Wahlkampfzwecken, ganz oben auf die politische Agenda gesetzt wurden“ (Ganter/ Esser 1998, 35).
 - b) Es ist hoch plausibel davon auszugehen, daß der gegenwärtige Rechtsextremismus im Kern auf einer Zuspitzung und Radikalisierung ökonomisch motivierter Ausländerfeindlichkeit beruht, deren Grundlage ein Verständnis der Bundesrepublik als Interessengemeinschaft der Deutschen qua Abstammung und Geburt ist, also ein als „Wohlstandschauvinismus“ oder „Standortnationalismus“ zu charakterisierendes nationalistisches Gesellschaftsverständnis, das sich mit alten und neuen Vorurteilen und Feindbildern vermischen kann.
 - c) Es ist offenkundig, daß eine rechtsextreme Radikalisierung und Zuspitzung durch eine Politik, welche die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsgesellschaft verweigert und Deutschland als Interessengemeinschaft der Deutschen im globalen Wettbewerb inszeniert, begünstigt wird.
 - d) Es ist nachweisbar, daß rechtsextreme Positionen in besonders starker Weise bei denjenigen Resonanz finden, die sich subjektiv durch den gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß, insbesondere von Arbeitslosigkeit oder sozialem Abstieg, bedroht sehen.
4. *Primäre Erfordernisse einer Politik gegen Rechtsextremismus* sind vor diesem Hintergrund:
 - a) das offensive Eintreten für die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsgesellschaft bei allen an der politischen Willensbildung einflußreich Beteiligten;
 - b) die umfassende kritische Auseinandersetzung mit alten und neuen fremdenfeindlichen Vorurteilen und Feindbildern in den Massenmedien, den politischen Organisationen, den Schulen sowie der außerschulischen Jugend und Erwachsenenbildung;

¹ Dies hat sich nach dem Sommer 2000 erneut geändert; das Thema hat nach den Anschlägen in Düsseldorf und Ludwigshafen erneut Konjunktur und die derzeitige Bundesregierung fördert eine Fülle von Initiativen im Rahmen der Programme Jugend für Toleranz und Demokratie und XENOS. Wie stabil diese neue Themenkonjunktur sein wird, ist zur Zeit nicht abzusehen.

- c) eine solche Gestaltung von Politik, Erziehung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, die dem Ziel einer Verbesserung der Lebenssituation der sozial Benachteiligten höchste Priorität einräumt.
5. Es gibt keinerlei Grund zu vermuten, daß Defizite in den Bereichen der massenmedialen, politischen, pädagogischen, rechtlichen und polizeilichen Auseinandersetzung mit Formen des Rechtsextremismus unmittelbare Folgen fehlenden wissenschaftlichen Wissens über dessen Ursachen und Ausprägungen sind. Vielmehr wurden und werden vorhandene Einsichten in Ursachen des Rechtsextremismus seitens der Politik, der Ökonomie, der Erziehung und der Massenmedien nachweisbar ignoriert bzw. wurde und wird ihre Umsetzung als unmöglich deklariert. Im sozial-, jugend- und bildungspolitischen Kontext ist diesbezüglich der Verweis auf fehlende Finanzmittel einschlägig, wahltaktische Kalküle veranlassen nach wie vor ausländerfeindliche Kampagnen, Massenmedien orientieren sich an Erfordernissen der Auflagenzahlen und Einschaltquoten und verzichten folglich nicht auf vereinfachende und dramatisierende Darstellungen in den Bereichen Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Krise des Sozialstaates, Schulen und Hochschulen orientieren sich stärker an den Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes als an den Erfordernissen moralischer, politischer und menschenrechtlicher Bildung. Demgegenüber ist es geboten, ein *Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* zu etablieren, durch das eine Selbstverpflichtung einflußreicher gesellschaftlicher Organisationen anzustreben ist, Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine zentrale Priorität einzuräumen.
 6. Die seit Ende der 80er Jahre zu beobachtete Entwicklung eines modernen Rechtsextremismus stellte sich zunächst als ein irritierendes und schwer verständliches Phänomen dar. Selbst professionelle Gesellschaftsbeobachter hatten bis Mitte der 80er Jahre weder mit einem Erstarken fremdenfeindlicher Tendenzen noch damit gerechnet, daß rechtsextreme Politikangebote sich als ein attraktives Angebot für einen relevanten Anteil der WählerInnen darstellen sowie dass ein subkultureller Rechtsextremismus sich zu einer einflußreichen Jugendkultur entwickeln könnte. Folglich bestand zunächst erheblicher Bedarf für eine Forschungs- und Theoriebildung, die zu einem Verständnis dieser Phänomene befähigt und an der sich politische und pädagogische Gegenstrategien orientieren können. Seit Wilhelm Heitmeyers 1987 publizierter Bielefelder Rechtsextremismustudie hat sich diesbezüglich eine hoch produktive wissenschaftliche Forschung entwickelt, die sich in einer kaum mehr überschaubaren Zahl von Publikationen dokumentiert. Es liegt umfassendes Wissen über Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen vor. Zwar ist weitere Forschung möglich und zur Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen sinnvoll. Hier zeichnet sich gegenwärtig jedoch nicht die Notwendigkeit einer Grundlagenforschung ab, die solches Wissen hervorbringt, das politische, pädagogische und rechtliche Entscheidungen überhaupt erst ermöglicht. Erwartbar ist wohl eher eine weitere Detaillierung und Aktualisierung vorhandener Grundlagentheorien und Datenbestände.
 7. Die neuere Rechtsextremismusforschung stellt ein im Kern hinreichendes Wissen bezüglich der Ausprägungen und Ursachen des neueren Rechtsextremismus zur Verfügung und bietet insofern eine Grundlage für die Entwicklung und Realisierung von Gegenstrategien. Es ist meines Erachtens² auch nicht zu erwarten, daß weitere Forschung zu einer substantiellen Erweiterung des Wissens über sinnvolle Gegenstrategien führt. Es besteht insofern kein systematisches Wissensdefizit mehr, sondern es mangelt vielmehr an Bereitschaft, als angemessen und notwendig begründbare Maßnahmen zu praktizieren und zu finanzieren. Es mangelt aber auch an einer angemessenen Rezeption des verfügbaren Wissens in Kontexten der politischen und pädagogischen Praxis.
 8. *Rechtsextremismus stellt ein intern heterogenes soziales Phänomen dar, das nicht auf eine singuläre Ursache, sondern auf einen Komplex begünstigender Bedingungen verweist.* Zu diesen Bedingungen gehören – und das ist weitestgehend unstrittig – zumindest die folgenden (die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):
 - eine krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung, die Status-, Abstiegs- und Zukunftsängste hervorbringt, in Verbindung mit weitgehender Ratlosigkeit der etablierten Politik in bezug auf zentrale gesellschaftliche Zukunftsfragen sowie einer fehlenden bzw. geringen politischen Repräsentation derjenigen, die sich als reale oder potentielle Verlierer des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses empfinden:

² Diese Aussage hat deutliche Kritik hervorgerufen; zur Verdeutlichung deshalb folgender Hinweis: Es soll damit nicht generell weitere Forschung für nutzlos und unsinnig erklärt werden, sondern nur akzentuiert werden, das deren Bedeutung für wirksame Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus begrenzt ist.

- die stellvertretende und projektive Bearbeitung von durch die gesellschaftliche Entwicklung (Massenarbeitslosigkeit, Krise des Sozialstaates, Globalisierung der Ökonomie usw.) provozierten Existenz- und Zukunftsängsten in Form der politischen und massenmedialen Darstellung von Einwanderung, Einwanderern und Eingewanderten als zentrale Ursache gesellschaftlicher Probleme (Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Finanzkrise der öffentlichen Haushalte usw.);
 - nationalistische Inszenierung der Bundesrepublik als Interessengemeinschaft der Deutschen, die sich mit Darstellungen von Einwanderung als Bedrohung vermeintlich notwendiger kultureller Homogenität und Einwanderern als unlautere Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen verbinden;
 - Formen der rechtlichen und ökonomischen Diskriminierung von Einwanderern und Eingewanderten, die diese in die gesellschaftliche Positionen ein benachteiligten Minderheit verweisen;
 - Defizite schulischer und außerpolitischer Bildung, die einen relevanten Teil der Bevölkerung nicht zu einem angemessenen Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung befähigen und folglich die Verbreitung von Feindbilder und Vorurteilen begünstigen. Die Tradierung alter und neuer rassistischer und fremdenfeindlicher Vorurteile in Verbindung mit ihrer fehlenden Aufarbeitung in den Kontexten von familialer, schulischer und außerschulischer Erziehung;
 - der finanzpolitisch motivierte Verzicht auf einen der zugespitzten Krisenhaftigkeit der Jugendphase und den Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfsgesetzes angemessenen Ausbau der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit;
 - Prozesse der sozialökonomischen Ausgrenzung und Deklassierung, die insbesondere bei Jugendlichen zur Bildung von Subkulturen, Cliquen und Szenen führen, die Erfahrungen der Benachteiligung und der Perspektivlosigkeit in Formen der aggressiven Selbstbehauptung und Selbstdarstellung transformieren.
9. Zumindest folgende Vorgehensweisen lassen beim gegenwärtig Stand des verfügbaren Wissens als angemessen und notwendig begründen:
- bezogen auf die öffentliche Darstellung des Themenkomplexes „Einwanderer in der Bundesrepublik/ weltweite Migration/ Einwanderung“ ist ein systematischer Verzicht auf die Verbreitung von Vorurteilen, Feindbilder und Bedrohungsszenarien geboten. Erforderlich ist sachlich-nüchterne Aufklärung seitens der Massenmedien und politischer Verzicht auf die machtstrategische Instrumentalisierung dieser Thematik. Diesbezüglich wäre über Gesetze, die das Diskriminierungsgebot des Grundgesetzes konkretisieren, zu diskutieren.
 - die gezielte Entwicklung und umfassende Umsetzung von Curricula zum Themenkomplex „Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik“ für die Schulen sowie eine verbindliche Fortbildung des Lehrerpersonals;
 - eine massive Förderung demokratischer politischer Initiativen, insbesondere im Jugendbereich, etwa mittels der gezielten Förderung antirassistischer Jugendgruppen und die Schaffung von Anreizstrukturen zu deren Entwicklung;
 - ein offensiver Ausbau der außerschulischen Ausbildungs- und Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene, insbesondere für gering qualifizierte aus sog. bildungsfernen Schichten;
 - die Stärkung einer qualifizierten sozialpädagogischen Kinder- und Jugendarbeit und die sozialpädagogische Qualifizierung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit in Vereinen und Verbänden;
 - die Verbesserung des Angebots an betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen und Qualifizierungsmaßnahmen.

Ausgewählte Literatur zur Thematik

BOHNSACK, R. u.a.: Die Suche nach Gemeinsamkeit und Gewalt in der Gruppe. Opladen 1995

BOMMES, M./ SCHERR, A.: Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: Mansel, J. (Hrsg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim und München 1992, S. 210-227

- BUTTERWEGGE, C.: Standortnationalismus - eine Herausforderung für die politische Bildung. In: deutsche Jugend, 46. Jg., H. 11, 1998, S. 469-477
- ECKERT, R./ WILLEMS, H./ WÜRTZ, S.: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter, J. W./ Jaschke, H.-G./ Winkler, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 152-167
- EHRENREICH, B.: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. Reinbek 1994
- FALTER, J. W./ JASCHKE, H.-G./ WINKLER, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN: Wahl in Sachsen-Anhalt. Mannheim 1998
- GANTER, S./ ESSER, H.: Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Bonn 1999 (Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- GESSENHARTER, W.: Die intellektuelle neue Rechte und die neue radikale Rechte in Deutschland. In: In Politik und Zeitgeschichte, Jg. 1998, H. B 9-10, S. 20-26
- HENNIG, E.: Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt 1997. S. 156-195
- KLÄR, K.-H. u.a.: Die Wähler der extremen Rechten. Bonn 1989
- KLÖNNE, A.: Rechtsextreme Tendenzen in der politischen Kultur der Bundesrepublik. In: Widersprüche, H. 16, 1985, S. 5-14
- KRAFFELD, F.-J./ MÖLLER, K./ MÜLLER, A.: Jugendarbeit in rechten Szenen. Bremen 1993
- KRAHULEC, P./ SCHERER, H. (Hrsg.): Dunkel Deutschland. Aufforderung zum Dialog der Generationen. Wiesbaden 1998
- MERKENS, H./ STEINER, I./ WENZE, G.: Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997. Berlin 1998
- MINKENBERG, M.: Die Rechtsradikalen werden proletarischer oder protestantischer. In: Frankfurter Rundschau, 10. 9. 1996
- NARR, W.-D./ SCHUBERT, A.: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt 1994
- NEU, V.: Stagnation oder Ausdehnung? Das Potential der Rechtsparteien im Sommer 1998. Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 1998
- OTTO, H.-U./ MERTEN, R. (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinten Deutschland. Bonn 1993
- SCHACHT, K./ LEIF, T./ JANNSEN, H. (Hrsg.): Hilfslos gegen Rechtsextremismus? Köln 1995
- SCHERR, A. (Hrsg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld 1993
- SCHERR, A.: Jugendbildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. In: Schacht, K./ Leif, T./ Janssen, H. (Hrsg.): Hilfslos gegen Rechtsextremismus? Köln 1995, S. 230-256
- SCHERR, A.: Soziale Identitäten Jugendlicher. Opladen 1995
- SCHERR, A.: Zum Stand der Forschung über Jugend und Rechtsextremismus. In: Falter, J. W./ Jaschke, H.-G./ Winkler, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996. S. 97-120
- SCHERR, A.: Fremdenfeindlichkeit ist auch Folge eines Bildungsdefizits. In: Krahulec, P./ Scheerer, H. (Hrsg.): Dunkel Deutschland. Wiesbaden 1998. S. 123-136
- SCHERR, A.: Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Bad Schwalbach 2001
- SILBEREISEN, R. K./ Vaskovics, L. A./ Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Opladen 1996
- SILBERMANN, A./ Hüsters, F.: Der "normale" Haß auf die Fremden. München 1995
- UELTZHÖFFER, J.: "Wir sollten in Zukunft von Menschenfeindlichkeit reden". In: Frankfurter Rundschau, 16. 3. 1993
- VESTER, M.: Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des)Integration. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt 1997a. S. 149-206.
- WILLEMS, H. u.a.: Fremdenfeindliche Gewalt. Opladen 1993.

Der Aufsatz erschien in einer ersten Fassung in: Loccumer Protokoll Nr. 10/99: Rechtsextremismus